



NIEDERSCHRIFT

über die 45. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 02.04.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:42



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger ab 17.39 Uhr TOP 3 ö.S.

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner bis 19.45 Uhr TOP 3 n.ö.S.

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Rolf Kost

Florian Maier

Judith Neumann

Michael Scheid

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller bis 19.40 Uhr TOP 30 ö.S.

Aydin Tas bis 19.45 Uhr TOP 3 n.ö.S.

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Christian Hans (Kämmereiabteilung)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Julia Westermann (Hauptamt)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl (Leiterin Pressestelle)

Klaus Kißel (Ortsvorsteher Arzheim)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)

Willi Schmitt (Vorsitzender Beirat für ältere Menschen)

Marc Siener (Büro für Gremienarbeit)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Rolf Morio

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Prof. Dr. Hannes Kopf

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Erklärung des Stadtrates Landau in der Pfalz zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern
Vorlage: 100/275/2019
3. Finanzentwicklung der Stadt Landau in der Pfalz –Finanzstatus–
Vorlage: 240/097/2019
4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; „Ruf-den-Bus“-System ergänzen
Vorlage: 101/466/2019
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bürgerbüro in den Stadtdörfern
Vorlage: 101/467/2019
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Förderprogramm „Bike & Ride-Offensive“; Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellmöglichkeiten am Hauptbahnhof
Vorlage: 101/468/2019
7. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Soziale Wohnraumförderung und Förderpraxis bzgl. eines geplanten Spielplatzes in der Cité Dagobert in Landau
Vorlage: 101/471/2019
8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; ÖPNV soll Pflichtaufgabe werden
Vorlage: 101/472/2019
9. Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Planung der Neubaugebiete in den Stadtdörfern
Vorlage: 101/473/2019
10. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Einsetzung eines Seniorenbusses
Vorlage: 101/470/2019
11. Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Abschnittsleitung Gesundheit - Rückwirkende Anpassung
Vorlage: 100/269/2019
12. Kooperation im Katastrophenschutz - Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/270/2019



13. Wahl des Beirats für Migration und Integration
Vorlage: 100/272/2019
14. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/273/2019
15. Notwendige Personalentscheidungen
Vorlage: 110/102/2019
16. Änderung des Zerlegungsanteils zur Ermittlung der Gewerbesteuer nach
Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz Gesellschaft für Beteiligungen
AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung
Vorlage: 220/032/2019
17. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019; Übertrag von Haushaltsmitteln des
Haushaltsjahres 2018
Vorlage: 240/098/2019
18. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Landau für das Haushaltsjahr
2019
Vorlage: 240/100/2019
19. Einführung eines Tax Compliance Management Systems (TCMS) bei der
Stadtverwaltung;
Schaffung einer außerplanmäßigen Stelle
Vorlage: 100/274/2019
20. Erfassung und Verkehrssicherheitskontrolle von Bäumen und Gewässerläufen
im Gebiet der kreisfreien Stadt Landau i.d.Pfalz
Auftragsvergabe
Vorlage: 350/135/2019
21. 21. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau in der
Pfalz im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „AH 7 Sport-
und Mehrgenerationenpark“ in der Gemarkung Arzheim;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/546/2019
22. Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ in Arzheim;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/545/2019
23. Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ in
Arzheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/548/2019
24. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt
Wieslauerstraße 55“; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch
(BauGB)
Vorlage: 610/547/2019



25. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“– Anker-/Anliegerverfahren mit Baugemeinschaften: Grundstücksoption eines Teilbereichs des Baufelds Nr. 15 im „Wohnpark Am Ebenberg“
Vorlage: 610/550/2019
26. Vergabe der Planungsleistungen für den Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“
Vorlage: 680/191/2019
27. Ausbau und Erneuerung Bismarckstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln sowie Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten und Erneuerung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 680/193/2019
28. Wirtschaftsplan 2019; Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsjahres 2018
Vorlage: 820/257/2019
29. Änderung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung (Abfallwirtschaftssatzung) aufgrund der Einführung einer Sperrabfallsammlung im Holsystem in der Stadt Landau
Vorlage: 860/415/2019
30. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner regte an, die Brunnen in der Innenstadt auf Trinkwasserqualität umzustellen. Weiter bat er um Auskunft, wie weit die Überlegungen beim Weißquartierplatz fortgeschritten seien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Erklärung des Stadtrates Landau in der Pfalz zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 21. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Aus den Gesprächen mit Wissenschaftsminister Prof. Wolf und den Beratungen im Hauptausschuss habe man vereinbart, dass die Verwaltung einen Entwurf einer Erklärung des Stadtrates zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern vorlege. Wenn man die Diskussionen verfolge, denke er, dass der Point of return mittlerweile versäumt worden sei. Es sei viel zu viel Porzellan zerschlagen worden.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass dies für Landau ein großes Thema sei. Deshalb sei es gut und wichtig, dass man sich laut und deutlich positioniere. Es bestehe die Gefahr, dass Landau nach dieser Strukturreform nur noch rudimentär vorkomme. Die Universität Landau sei im Landesvergleich, aber auch im Bundesdurchschnitt finanziell extrem mies ausgestattet. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier erinnerte daran, dass Universitäten Standortfaktoren für Städte und Regionen seien. Es sei wichtig, dass man als Stadtrat zeige, dass man an der Seite der Universität, der Studierenden und der Beschäftigten stehe. Ganz wichtige Themen seien dabei eine Neugründung und die Finanzierung der Uni. Man müsse aber auch die Chancen sehen, die in diesem Prozess stecken. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass der Fusionsprozess erklärter Wille des Ministers sei. Es sei gut gewesen, dass der Minister hier gewesen sei. Er habe aber auf kaum eine Frage eine konkrete Antwort gehabt. Es könne aber nur eine gute Konstruktion werden, wenn es eine Neugründung gebe. Bevor sich nicht die Akteure der beiden Universitäten geeinigt haben, dürfe es auch kein Gesetz geben. Das Ergebnis dieses Prozesses müsse offen sein. Er sei überzeugt, dass die Universität Landau auch alleine bestehen könnte. Eine solche eigene Universität wäre sicher auch die bessere Lösung. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth äußerte den Verdacht, dass es darum gehe Kosten zu sparen. Die beiden Universitäten Kaiserslautern und Landau könnten nämlich gegensätzlicher nicht sein. Daher habe man eine Verantwortung und eine Pflicht sich zu positionieren. Wenn es nämlich zu einer großen Universität komme, dann werde Landau das Anhängsel von Kaiserslautern sein. Man müsse deutlich machen, dass man mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden sei. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass es darum gehe den Universitätsstandort Landau zu stärken. Dies sei durch das Vorhaben des Ministers nicht zu erreichen. Es sei dies ein verkorkster Prozess und eine Totgeburt. Es gebe ja auch große Vorbehalte von Seiten der Universität Kaiserslautern, die auch eine ganz andere Ausrichtung habe. Es bestehe die Gefahr, dass Landau unter die Räder komme. Sie befürchte, dass man mit den Forderungen aus dieser Resolution baden gehen werde. Sie denke, dass es möglich wäre, die Universität Landau aufzuwerten und zu einer selbstständigen Universität weiterzuentwickeln. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne daher diese Resolution ab.



Der Vorsitzende betonte, dass es eine Grundsatzentscheidung des Landes gebe, der man entgentreten müsse. Ziel müsse es sein, dass der Universitätsstandort Landau aus diesem Prozess gestärkt hervorgehe. Durch die Art und Weise, wie über Landau geredet werde, sei dieser Standort schon geschwächt. Umso wichtiger sei es, Augenhöhe zu beweisen. Wenn die Eigenständigkeit nicht aus der Universität herauskomme, sollte der Stadtrat dies nicht fordern.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

die nachfolgende Erklärung zur geplanten Zusammenführung der Hochschulstandorte Landau und Kaiserslautern



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Finanzentwicklung der Stadt Landau in der Pfalz –Finanzstatus–

Der Vorsitzende verwies auf die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 8. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er bat den Leiter der Finanzverwaltung, Herrn Messemer, den Finanzstatus der Stadt Landau zu erläutern.

Herr Messemer erläuterte die Vorlage. Konsumtive Einzahlungen und Auszahlungen seien alle Einnahmen und Ausgaben des täglichen Geschäftes ohne Investitionen. Von Gesetz wegen müssten die konsumtiven Einnahmen höher als die Ausgaben sein. Solange man Kassenkredite habe, müssten diese zuerst getilgt werden. Hinzu kommen die Vorgaben des Kommunalen Entschuldungsfonds, die vorschreiben pro Jahr 3,3 Millionen Euro zu tilgen. Diese Vorgaben habe man dank der Sondertilgung im Jahr 2018 um 7 Millionen Euro überschritten. Bei den Ausgaben habe man hohe Ausgaben gehabt durch den Grundstückserwerb in D9 und für die Landesgartenschau. Insgesamt habe man in 10 Jahren 110 Millionen Euro investiert, dazu kämen 47 Millionen Euro beim GML. Man habe sich dabei nicht überschuldet, sondern maßvoll Kredite aufgenommen. Das Eigenkapital habe sich deutlich weniger schnell aufgebraucht, in 10 Jahren nur um ca. 10 Millionen Euro. Insgesamt habe man noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.800 Euro. Man habe zudem ein deutliches Plus an Steuereinnahmen von 28 Millionen Euro gegenüber 2008. Die Liquiditätskredite habe man dank einer guten Wirtschaftslage und einer überdurchschnittlichen Entwicklung der Stadt um 30 Millionen Euro zurückführen können. Entwarnung könne man aber nicht geben, da man immer noch 47 Millionen Euro an Liquiditätskrediten habe, denen aber keine Werte gegenüberstehen. Die Haushaltssituation bleibe angespannt, so dass man schauen müsse, dass man die Kraft bekomme aus eigener Kraft voranzukommen.

Der Vorsitzende dankte Herrn Messemer für seine Ausführungen. Die Finanzkraft könne kein Argument sein, uns die Kreisfreiheit zu nehmen. Er danke auch ausdrücklich dem Stadtrat, der sich durch eine große Finanzdisziplin auszeichne. Entscheidend sei für die Zukunft, die Wirtschaftskraft zu sichern. Man müsse auch Wohnen und Arbeiten in Landau möglich machen. Es werde auch weiter darum gehen, die Infrastruktur in Landau zu erhalten und zu stärken. Das Thema Klimawandel und Klimaschutz werde uns in der nächsten Wahlperiode in besonderer Weise beschäftigen.

Ratsmitglied Lerch sprach von einer beeindruckenden Bilanz, die hier vorgestellt worden sei. Sie sei geprägt von einer guten Wirtschaftslage und niedrigen Zinsen, einer guten Gewerbeansiedlungspolitik seitens der Stadt und einem vernünftigen Haushaltsmanagement. Er danke dem Finanzdezernenten und dem Team der Finanzverwaltung für jahrelange gute Ergebnisse. Landau stehe eigentlich gut da. Das eigentliche Problem sei die Landesregierung, durch die es eine chronische Unterfinanzierung der Kommunen gebe. Aus der kommunalen Verbundmasse würden jährlich 500 Millionen Euro herausgenommen, um andere Dinge zu finanzieren. Das Land reagiere darauf mit Umverteilung. In diesem Bericht zum Finanzstatus sehe die CDU-Stadtratsfraktion eine Bestätigung ihrer Politik.

Ratsmitglied Maier stellte fest, dass es dem Stadtrat am Ende immer um Landau gegangen sei. Man habe als Stadt den Mut gehabt, Weichen zu stellen. Die SPD-Stadtratsfraktion danke dem Stadtvorstand und der Verwaltung für die gute Arbeit.

Ratsmitglied Hartmann gratulierte dem Stadtvorstand und der Verwaltung für eine offensichtlich erfolgreiche Finanzpolitik. Die Abschlüsse der Jahre waren erheblich



besser als die Planungen. Die 4 Millionen Euro Kreditgrenze hemme uns in den Bemühungen, noch mehr tun zu können. Daher sei es wichtig, die Liquiditätskredite zu tilgen. Dann könne man auch höhere Investitionen einfordern.

Ratsmitglied Freiermuth sah in dem Bericht eine Bestätigung für die Wirtschaftspolitik der Stadt. Wenn die Wirtschaft gut sei, würden auch die Einnahmen steigen. Die Menschen die hier arbeiten, müssten aber auch unterkommen. Daher sei Wohnungsbau wichtig und zwar sowohl im Mietwohnungsbau als auch im Eigenheimbau. Für ihn sei wichtig, dass weiter in Bildung investiert werde. Die bestehende Koalition habe sich aus seiner Sicht bewährt. Man dürfe das sinnvolle Wirtschaften nicht aufgeben.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte fest, dass die Liquiditätskredite immer noch bei 47 Millionen Euro stehen würden, dies sei der gleiche Stand wie vor 10 Jahren. Diesen Krediten würden keinerlei Werte gegenüberstehen. Die Haushaltslage bleibe angespannt, eine Entwarnung sei nicht möglich. Einen Nachholbedarf gebe es beim barrierefreien Wohnen. Nicht nur dabei sei noch viel zu tun.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man einer Überschuldung habe entgegensteuern können. Wenn man so weiterarbeite, könne man auch die ein oder andere konjunkturelle Delle überstehen.

Ratsmitglied Eisold betonte, dass nicht alles falsch sein könne, was das Land mache. Sonst hätte man in Landau nicht ein solch gutes Ergebnis, wie es heute dargelegt worden sei. Er würde gerne wissen, wie der Stand bei der Wohnungsbaugesellschaft sei. Außerdem bitte er um Erläuterung wie es zu den großen Differenzen zwischen den Planungsergebnissen und den tatsächlichen Abschlüssen komme.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Sinne des vorsichtigen Kaufmanns plane. Genauso sei man auch beim Haushaltsvollzug vorsichtig.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstrich, dass der niedrige Zinssatz auch ein Kriterium sei, der diesen Erfolg möglich gemacht habe. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, wie lange es dauere, bis die Liquiditätskredite vollkommen abgebaut seien.

Herr Messemer antwortete, dass man hierfür fast eine Glaskugel brauche, er wage hier keine Prognose.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; "Ruf-den-Bus"-System ergänzen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kolain begründete den Antrag. Man habe vor kurzem die Ausschreibung des ÖPNV auf den Weg gebracht. Das Stadtbussystem, das kommen werde, sollte sinnvoll ergänzt werden durch ein „Ruf-den-Bus-System“. In einigen Städten werde dies bereits erprobt mit positiven Erfahrungen. Man müsse dies jetzt in die Ausschreibung mit aufnehmen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass der VRN bereits solche bedarfsorientierten Verkehrssysteme prüfe. Er empfehle daher abzuwarten, was der VRN hierzu liefere.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass dies eine sinnvolle zukunftssträchtige Geschichte sei.

Der Stadtrat nahm den Antrag zustimmend zur Kenntnis. Es erfolgt eine Information seitens der Verwaltung, sobald Erkenntnisse von Seiten des VRN vorliegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Bürgerbüro in den Stadtdörfern

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kost begründete den Antrag. Dies könne eine sinnvolle Ergänzung für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtdörfern sein. Räumlichkeiten seien in den Ortsvorsteherbüros vorhanden. Es gehe nicht darum, hier eine dauerhafte Besetzung zu schaffen. Es wäre dies aber ein Mehr an Service und Dienstleistungen vor Ort.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung diesen Prüfauftrag annehme und entsprechend berichten werde.

Ratsmitglied Doll hätte sich gewünscht, wenn diese Initiative mit allen Ortsvorstehern abgesprochen worden wäre. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme aber dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Lichtenthäler stimmte dem Antrag für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ebenfalls zu. Es sei sicher sinnvoll, in diese Richtung zu prüfen. Klar sei, dass ein Effekt dabei herauskommen müsse.

Ratsmitglied Freiermuth regte an, die Banken mit einzubinden. So könne man vielleicht Kosten auch Dritteln.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach sich dafür aus in den Ortsvorsteherbüros mehr dezentrale Leistungen anzubieten. Hierfür wäre eine Person vor Ort hilfreich. Sie halte diesen Antrag für sinnvoll.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, Dienstleistungen des Bürgerbüros in bestimmten Abständen in den Stadtdörfern anzubieten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Förderprogramm "Bike & Ride-Offensive"; Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellmöglichkeiten am Hauptbahnhof

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es gebe eine deutliche Problemlage am Hauptbahnhof. Man habe dies deshalb eingebracht, weil es ein neues Förderprogramm des Landes mit 40 % Fördermöglichkeiten gebe.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es durchaus noch Platz in den geordneten Abstellmöglichkeiten gebe. Das Förderprogramm sei der Verwaltung bekannt. Man brauche aber die entsprechenden Flächen um dies umzusetzen. Dennoch werde man als Verwaltung dies prüfen.

Ratsmitglied Schwarzmüller regte an zu prüfen, ob evtl. auf dem Kaufhofareal eine Fahrradgarage entstehen könnte.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Grünen bei mehr Fahrradabstellmöglichkeiten immer dabei seien. Man sollte sich hier aber nicht nur auf den Hauptbahnhof fokussieren. Was dort fehle sei eine Beschilderung.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass der Bahnhof das Mobilitätszentrum in Landau sei. Von daher sei es auf jeden Fall sinnvoll.

Ratsmitglied Wagner war der Meinung, dass dies auch Chancen seien beim Ausbau des ÖPNV.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung klärt im Rahmen des Förderprogramms „Bike+Ride-Offensive“ die Fördermöglichkeiten für die Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellplätze am Hauptbahnhof in Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Soziale Wohnraumförderung und Förderpraxis bzgl. eines geplanten Spielplatzes in der Cité Dagobert in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 21. März 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Die Fraktion wolle hierzu eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Stadtrates zum Themenkomplex Soziale Wohnraumförderung und Förderpraxis bezüglich eines geplanten Spielplatzes in der Cité Dagobert. Es müsse Interesse bestehen, Aufklärung zu bekommen zum Bericht des Rechnungshofes. Sie wolle wissen, ob der Stadt durch diese Vorgänge ein Schaden entstanden sei. Es gebe Fragen zur Vergabe und Kontrolle der Wohnberechtigungsscheine. Weiter sei zu klären, warum der Spielplatz nicht hergestellt worden sei. Außerdem beantrage sie eine umfassende Einsichtnahme in den Bericht des Landesrechnungshofes. Man müsse ein kritisches Auge haben auf diese Vorgänge.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Vorgänge 20 Jahre zurückliegen würden. Die ganze Sache betreffe Landau auch nur am Rande, denn es gehe um eine Prüfung des Landesrechnungshofes in einer Landesangelegenheit. In das Verfahren sei man nicht voll involviert und habe daher auch nur einen Teilauszug des Berichtes. Das Verfahren gebe der Rechnungshof vor. Er werde nach Abschluss des Verfahrens den Stadtrat selbstverständlich informieren. Dies werde aber sicher nicht in der nächsten Stadtratssitzung sein.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass es in dem Bericht des Rechnungshofes nicht um die Stadt, sondern um Bund und Land gehe.

Ratsmitglied Hartmann sah ein berechtigtes Interesse an einer Aufklärung. Auch die Darstellung des Oberbürgermeisters sei nachvollziehbar. Die generelle Frage sei, ob die Stadt etwas tue, um zu große Wohnflächen bei Wohnberechtigungsscheinen zu vermeiden.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; ÖPNV soll Pflichtaufgabe werden

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22. März 2019, der dieser Niederschrift als Antrag beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Die Mobilitätswende sei überall, nicht nur in Landau ein Thema. Neben dem Radverkehr gehe es vor allem um eine Stärkung des ÖPNV. Damit der ÖPNV angenommen werde, gebe es zwei zentrale Dinge. Zum einen müsse die Taktung so gut wie möglich und zum anderen die Preise attraktiv sein. Es habe ja bereits viele verschiedene Initiativen im Rat gegeben. Immer noch sei der ÖPNV eine freiwillige Leistung der Kommunen, was aber nicht mehr in unsere Zeit passe. Von daher dieser Antrag an das Land, den ÖPNV als Pflichtaufgabe anzusehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Antrag gerade auch als Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz ausdrücklich begrüße und unterstütze.

Ratsmitglied Lerch unterstützte für die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag. Wenn das Land es als Pflichtaufgabe definiere, dann müsse es aber nach dem Konnexitätsprinzip auch bezahlen.

Ratsmitglied Hartmann hatte Zweifel, dass das Land dies unterstütze. Dennoch unterstütze die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion diesen Antrag.

Ratsmitglied Freiermuth gab zu bedenken, dass Gelder auch Begehrlichkeiten wecken würden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Wagner schloss sich für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den bisherigen Ausführungen an. Ein funktionierender ÖPNV führe zu weniger Individualverkehr. Der ÖPNV sei keineswegs unbezahlbar.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz erhebt die Forderung, dass der Öffentliche Personennahverkehr in Rheinland-Pfalz zukünftig als Pflichtaufgabe definiert wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Planung der Neubaugebiete in den Stadtdörfern

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 25. März 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Auch in den Stadtdörfern sei eine Nachfrage nach bezahlbaren Mietwohnungen vorhanden. Zentral sei für die SPD mit diesem Antrag, dass man Zeichen setze für eine sozial geförderte Mietwohnungsbauquote in den Stadtdörfern. Die Erfahrung habe gezeigt, dass eher kleine Baugrundstücke nachgefragt seien. Auch bei Baugemeinschaften sei man als Fraktion sehr aufgeschlossen.

Ratsmitglied Hartmann ergänzte, dass es umso schwerer sei sich in einer Baugemeinschaft zu einigen, je mehr Beteiligte es seien. Hinter den Neubaugebieten fehle aus seiner Sicht ein Gesamtkonzept. Wenn es aber jetzt den Grundsatzbeschluss schon gebe, für Neubaugebiete, dann gehe es darum den Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Quote müsse auch nicht so hoch sein, wie man sie derzeit für die Kernstadt habe. Es müsse auch keine Wohnflächenquote sein, sondern könne auch eine Wohneinheitenquote sein.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung dies prüfen werde. Allerdings habe die Verwaltung schon immer auch Konzepte vorgelegt.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass sich die CDU-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag nicht verschließen werde. Auf der Basis einer eineinhalb- bis zweistöckigen Bauweise könne man sich treffen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass der jeweilige Ortsbeirat es vor Ort entscheiden müsse. Man wolle ein breit gefächertes Spektrum haben in den Ortsteilen, nicht nur Wohnblocks und nicht nur Einfamilienhäuser. Er wundere sich sehr, welche Loopings hier von Seiten der Grünen gemacht werden.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Er sei aber verwundert über das Politikverständnis einiger Ratsmitglieder. Auch wenn man manche Entscheidungen grundsätzlich ablehne, könne man doch im weiteren an der Ausgestaltung mitwirken.

Ratsmitglied Volkhardt bekräftigte, dass die Kompetenz vor Ort bei den Ortsbeiräten liegen müsse.

Ratsmitglied Doll fand den Antrag bemerkenswert, da man allein im Jahr 2020 ca. 100 Wohneinheiten ausweise.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass die Grünen immer an der Gestaltung gewisser Dinge mitgewirkt hätten, auch wenn man im Grundsatz anderer Meinung gewesen sei. Es sei immer klar gewesen, dass die Grünen mehr Wohnraum auf weniger Fläche, mehr sozialen Wohnungsbau und mehr Baugemeinschaften wollen. Dies sei nur ein Prüfauftrag, man stülpe keinem Dorf etwas über. Es sei aber eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadtverwaltung möge prüfen:

1. wie hoch eine sozial geförderte Mietwohnungsbauquote für die Stadtdörfer sein könnte, um mit der jeweils angedachten Bebauung noch vereinbar zu sein,
2. wie viele Wohneinheiten pro Hektar durch eine gemischte Doppel- und Reihenhausbauung in den Stadtdörfern bei ortsüblicher Gebäudehöhe möglich sind und
3. Inwiefern kleine Projekte durch Baugemeinschaften (zum Beispiel Reihenhäuser) auch in Stadtdörfern unter Einbezug des Einheimischenmodells umgesetzt werden können.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag des Beirates für ältere Menschen; Einsetzung eines Seniorenbusses

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für ältere Menschen vom 18. März 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Schmitt, Vorsitzender des Beirates, begründete den Antrag. Zunächst bedanke er sich, dass die Arbeit des Beirates durch die Verwaltung gewürdigt werde. Die Einsetzung eines Seniorenbusses sei keine Erfindung des Landauer Seniorenbeirates. Seniorenbusse gebe es bereits in 65 Kommunen in Rheinland-Pfalz. Ziel sei es, ältere Menschen dorthin zu bringen, wo sie selbst nicht hinkommen können. Bei allen diesen Einrichtungen werde von der Kommune der Bus zur Verfügung gestellt und unterhalten. Den Einsatz des Busses würden dann ehrenamtliche übernehmen. Der Beirat sehe dies in Ergänzung mit dem Mobilitätskonzept und solle nicht für sich alleine stehen.

Der Vorsitzende wies auf das Linienbündel hin, das derzeit zur Ausschreibung vorbereitet werde. Er schlage vor, diese Bedarfe zu sammeln und dort mit hinein zu nehmen. Dies könne man heute so noch nicht beschließen.

Ratsmitglied Kolain würde dies als gute Ergänzung des Angebotes im ÖPNV sehen. Man sollte aber auch andere mobilitätseingeschränkte Personen mit hinzunehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag des Beirates für ältere Menschen zur Einsetzung eines Seniorenbusses in der Stadt Landau für Menschen über 60 Jahre wird in das Prüfverfahren im Zusammenhang mit der Ausschreibung des Linienbündels genommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Abschnittsleitung Gesundheit -
Rückwirkende Anpassung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner bat um Mitteilung, ob man die Erhöhung auch rückwirkend zum 1. Januar 2018 machen könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies mit dem Kreis so abgesprochen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Erhöhung der Aufwandsentschädigung rückwirkend zum 1. Januar 2019
zuzustimmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Kooperation im Katastrophenschutz - Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Wahl des Beirats für Migration und Integration

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Wahl des Beirats für Migration und Integration findet am Sonntag, 27. Oktober 2019 statt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau in der Pfalz

Die Ratsmitglieder Dr. Thomas Bals, Jürgen Doll, Andreas Hott, Michael Scheid und Jochen Silbernagel sowie Herr Beigeordneter Rudi Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 7. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Herrn Dr. Thomas Bals, Hans-Boner-Straße 4, 76829 Landau in der Pfalz
Herrn Jürgen Doll, Drosselweg 26, 76829 Landau in der Pfalz,
Herrn Andreas Hott, Marktstraße 108, 76829 Landau in der Pfalz
Herrn Beigeordneten Rudi Klemm, Berwartsteinstraße 7, 76829 Landau in der Pfalz
Herrn Michael Scheid, Woogstraße 63, 76829 Landau in der Pfalz
Herrn Jochen Silbernagel, Ulrich-von-Hutten-Straße 6, 76829 Landau in der Pfalz**

den Ehrenring der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Notwendige Personalentscheidungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 20. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass man unter der Prämisse zustimmen werde, dass erst der neue Stadtrat über die Besetzung der Stelle des Klimaschutzmanagers entscheidet.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Es wird zugestimmt, dass notwendige Personalentscheidungen, die der Beschlussfassung des Hauptausschusses nach § 47 Abs. 2 GemO unterliegen, in den sitzungsfreien Zeiträumen zwischen

- 3. April 2019 und 27. April 2019 sowie
- 22. Mai 2019 und 23. August 2019

von der Verwaltung getroffen werden können.

Der Hauptausschuss wird in seiner Sitzung am 7. Mai 2019 bzw. am 10. September 2019 über die jeweilige Personalentscheidung unterrichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Änderung des Zerlegungsanteils zur Ermittlung der Gewerbesteuer nach Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz Gesellschaft für Beteiligungen AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 13. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei in der Tat so, dass dieses Gelände Teil des FFH-Gebietes sei. Am Ende gehe es um eine intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche. Die Ausgleichsflächen hierfür werde die Aufsichtsbehörde festlegen. Es gehe hier um den Standort der Firma Michelin insgesamt.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass für die Grünen die Sache nicht so einfach sei. Man müsse schon die Frage stellen, warum es möglich sei in Spanien ein Hochregallager zu bauen, nicht aber bei uns. Stattdessen gebe man bei jeder Auseinandersetzung zwischen Ökologie und Wirtschaft zugunsten der Wirtschaft nach. Hier mache man nicht mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne die Vorlage ab.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man dies natürlich populistisch so darstellen könne. Man habe als Stadtrat immer ökologisch verantwortungsvoll gehandelt. In Gebieten wie beispielsweise im Gewerbegebiet D9 habe man heute eine höhere ökologische Wertigkeit als zuvor.

Herr Messemer ergänzte zur Frage eines Hochregallagers, dass man gleiches mit gleichem vergleichen müsse. In Spanien habe Michelin tatsächlich ein Hochregallager. Allerdings handele es sich dort um ein Lager für Kautschukmischungen und nicht wie in Landau um ein Reifenlager.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, die Aussage von Herrn Hartmann, dass der Rat bei Entscheidungen zwischen Ökologie und Ökonomie sich immer für die Ökonomie entscheide, sei schlichtweg falsch.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstrich, dass Michelin ja eine lange Geschichte sei. Es werde immer irgendwie Druck erzeugt mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze, die sonst wegfallen würden. Dies gefalle ihm überhaupt nicht.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man nicht immer nur Entscheidungen treffen könne, die einem gefallen. Es sei nun mal so, dass es für das Unternehmen keine normalen Erweiterungsflächen mehr gebe. Ob es dann am Ende genügend Ausgleichsflächen gebe, entscheide die Aufsichtsbehörde.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass seine Fraktion zustimmen werde. Wer den Bürgermeister von Bornheim kenne, wisse, dass dieser sehr gut abwäge, bevor er zustimme.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass in der Abwägung der Erweiterung auch bei ihr die Ökologie Vorrang habe. Hier aber gehe es lediglich um eine steuerrechtliche Frage. Daher stimme die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

eine verbindliche Absichtserklärung, wonach sich die Stadt Landau in der Pfalz verpflichtet, mit Realisierung und Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz



Gesellschaft für Beteiligungen AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung einer Zerlegung des sich ergebenden Steuermessbetrages zur Berechnung der Gewerbesteuer, wie in der Begründung dargestellt, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Vortrag der Haushaltermächtigungen des Haushaltsjahres 2018 für die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Landau für das Haushaltsjahr 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 20. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

**Einführung eines Tax Compliance Management Systems (TCMS) bei der Stadtverwaltung;
Schaffung einer außerplanmäßigen Stelle**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 8. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. zur Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit der erforderlichen Einführung eines Tax Compliance Management Systems für die Stadt Landau und die verbundenen Unternehmen die außerplanmäßige Bereitstellung einer Stelle mit dem Stellenwert A 11/E 10 im Stellenplan.

Die Stelle soll zeitnah nach Genehmigung durch die ADD ausgeschrieben und besetzt werden.

2. die Verwaltung zu beauftragen, die weiteren organisatorischen Voraussetzungen zur Aufgabenerledigung im Zusammenhang mit den sich aus Ziffer 1 ergebenden Aufgaben zu ergreifen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Erfassung und Verkehrssicherheitskontrolle von Bäumen und Gewässerläufen im Gebiet der kreisfreien Stadt Landau i.d.Pfalz
Auftragsvergabe**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 28. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Vergabe der Erfassung und Kontrolle von Gehölzen an den Fließgewässern der Stadt Landau an die Fa. Baumgärtner, Westerheim in Höhe von 91.939,40 € zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

21. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „AH 7 Sport- und Mehrgenerationenpark“ in der Gemarkung Arzheim; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet im Bereich des ehem. Sportplatzes am westlichen Ortseingang von Arzheim (Gemarkung Arzheim, teilweise Flurstücke 5412 und 6624/8) wird das Verfahren zur 21. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 eingeleitet. Der Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

**Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ in Arzheim;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet im Bereich des ehem. Sportplatzes am westlichen Ortseingang von Arzheim (Gemarkung Arzheim, innerhalb des Flurstückes 5412) wird der Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Über die bisherige Vorlage hinaus seien seit der Sitzung des Hauptausschusses noch weitere Grundstücke hinzugekommen. Daher könne man jetzt über 35 bis 40 Wohneinheiten sprechen.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Grünen grundsätzliche Bedenken mit Neubaugebieten in den Ortsteilen hätten. Man bleibe hier bei der konsequenten Haltung, sei aber gerne bereit sich bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einzubringen. Die Reaktivierung der Leerstände in Arzheim werde durch dieses Neubaugebiet nicht gerade gefördert. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass die Dinge im Fluss seien und sich auch immer wieder verändern würden. Die Haltung der Grünen sei nicht konsequent, sondern inkonsequent und zwiespältig. Dies sei für ihn politische Schizophrenie. So mache man keine verantwortungsvolle Politik.

Ratsmitglied Hott appellierte, sich in der Wortwahl zu zügeln und normal miteinander umzugehen. Alle im Stadtrat würden nur das Beste für die Stadt Landau wollen, man sollte hier niemandem dies absprechen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet südlich der Ortslage Arzheim (Flurstücke 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, **2842, 2843, 2844, 2845, 2846** und teilweise die Flurstücke 144, 2825 und 2878; Gemarkung Arzheim) wird der Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“;
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen vom April 2018 und Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 19. Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen vom April 2018 und Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 6 beigefügten Synopse vom 19. Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“ wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch in der Fassung vom Februar 2019 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ – Anker-/Anliegerverfahren mit Baugemeinschaften: Grundstücksoption eines Teilbereichs des Baufelds Nr. 15 im „Wohnpark Am Ebenberg“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die erstplatzierte Baugemeinschaftsinitiative „Auf dem Deck II“, vertreten durch Frau Brigitte Gaul, erhält eine Absichtserklärung mit Veräußerungsverzicht für eine Teilfläche des Baufelds 15 „Wohnpark Am Ebenberg“ (Anlage 1). Ziel der Optionsvereinbarung ist für das gesamte Baufeld die Ausarbeitung des baufeldumfassenden Strukturkonzepts aller Gemeinschaftsanlagen im Rahmen des Ankerprojekts und für den nördlichen Grundstücksteil die Ausarbeitung des Hochbauprojekts der Baugemeinschaft. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von 6 Monaten, gerechnet vom Datum des heutigen Beschlusses und kann bei Erfüllung aller Vertragsinhalte um bis zu 6 Monate verlängert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Baugemeinschaft „Auf dem Deck II“ bei der Detaillierung und weiteren Ausarbeitung des vorgelegten Strukturkonzeptes für die gemeinsame Tiefgarage und den gemeinsamen Innenhof zu unterstützen, sodass dieses als verbindliche Grundlage im Bewerbungsverfahren der Anlieger definiert werden kann.
3. Die Verwaltung/DSK wird beauftragt die Absichtserklärung (Reservierungszusage) mit Veräußerungsverzicht vorzubereiten und abzuschließen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Vergabe der Planungsleistungen für den Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage stimmen werde, da man das Gewerbegebiet grundsätzlich ablehne.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

der Beauftragung des Büros Schellenberg + Bäuml, Architekten GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden (1. Preisträger des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs) mit den Planungsleistungen für den Bebauungsplan „D12, Gewerbepark Messegelände-Südost“, den städtebaulichen Rahmenplan sowie besondere Leistungen zu einem Honorar in Höhe von insgesamt 288.877,00 Euro (brutto) zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Ausbau und Erneuerung Bismarckstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln sowie Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten und Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Zur Finanzierung der Maßnahme werden überplanmäßige Haushaltsmitteln in Höhe von 226.000,00 Euro bereitgestellt. Der Stadtrat stimmt zu, dass zur Gegenfinanzierung dieser überplanmäßigen Ausgaben der Haushaltsansatz der Maßnahme „Eutzinger Straße“ im Jahr 2020 um 226.000,00 Euro reduziert und in das Haushaltsjahr 2021 verschoben wird.
2. Der Stadtrat beschließt, mit dem Ausbau der Bismarckstraße sowie der Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Bismarckstraße die Firma Grötz GmbH & Co. KG, Jahnstraße 19, 76571 Gaggenau zu den Preisen ihres Angebotes vom 13.3.2019 in Höhe von 1.547.267,44 Euro (brutto) zu beauftragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2019; Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsjahres 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 7. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsjahres 2018 für folgende Maßnahmen:

| | |
|---------------------------------|----------------|
| - Sporthalle West | 1.121.000 EURO |
| - Kita Ponyhof | 524.000 EURO |
| - Grundschule Dammheim | 68.000 EURO |
| - Modernisierung Wohnhausbesitz | 20.000 EURO |
| - MSG, Fachbereich Chemie | 10.000 EURO |



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

**Änderung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung (Abfallwirtschaftssatzung)
aufgrund der Einführung einer Sperrabfallsammlung im Holsystem in der Stadt Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung über die Abfallbewirtschaftung (Abfallwirtschaftssatzung“ des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Maier bat um Auskunft, ob es bereits eine Stellungnahme hinsichtlich der Kosten für einen Armutsbericht gebe.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man dieses Thema im Zusammenhang mit der Thematik „Soziale Stadt“ erörtern werde.



Die Niederschrift über die 45. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 02.04.2019 umfasst 35 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 247.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter